

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

IV. Quartal 2015

Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2015

Erstmals seit sieben Jahren erhöht die Notenbank der USA die Leitzinssätze. Der Flüchtlingszustrom aus den Krisengebieten im Nahen Osten und in Afrika nach Europa stellt die EU- und die Westbalkanländer vor große humanitäre, politische und ökonomische Herausforderungen. Der Türkei sichert die EU eine Unterstützung von 3 Mrd. € zu für die Versorgung der derzeit 2,5 Mio. Flüchtlinge. Die Beitrittsverhandlungen werden beschleunigt. Das neue Klimaschutzabkommen von Paris ist ein Schritt zum Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger. An der Ausarbeitung von Maßnahmen gegen die Steueroptimierung von transnationalen Konzernen beteiligen sich 62 Länder, die 90% der Weltwirtschaft vertreten. – Der österreichische Nationalrat beschließt das Bundesfinanzgesetz 2016, der Fiskalrat sieht jedoch eine mögliche Verfehlung der strukturellen Budgetregeln. Bundesregierung und Sozialpartner beschließen ein Arbeitsmarktpaket.

Calendar of Economic Events. Fourth Quarter 2015

For the first time in seven years the US Fed raised its interest rates. The influx of refugees from the war and crisis zones in the Middle East and Africa to Europe leaves EU and western Balkan countries faced with enormous humanitarian, political and economic challenges. The EU promises to pay 3 billion € to Turkey to help provide for its current intake of 2.5 million refugees. Negotiations to join the EU will be accelerated. The new climate protection agreement concluded in Paris is a step towards an exit from burning fossil fuels. Measures against tax optimisation as exercised by transnational businesses are being developed by 62 countries which together are home to 90 percent of the global economy. – The Austrian Parliament adopts the Federal Financial Act of 2016, but the Fiscal Council considers it in breach of the structural budget regulations. The federal government and the social partners decide on a labour market stimulation package.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Angelina.Keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 31. Dezember 2015.

Begutachtung: Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

1. Ausland

5. Oktober: Die OECD legt ein 15-Punkte-Programm gegen Strategien von Konzernen zur Steueroptimierung vor (BEPS – Base Erosion and Profit Shifting Package). Gewinne sollen dort besteuert werden, wo die Wertschöpfung erzielt wird. Transparenz ist eine wichtige Voraussetzung. Konzerne müssen in jedem Land, in dem sie tätig sind, einen Master-Plan vorlegen, der die Strukturen der länderübergreifenden Wertschöpfungsketten, die Aufteilung von Funktionen und Risiken und die Methoden der Verrechnungspreise ausweist. Unternehmen mit einem Jahresumsatz über 750 Mio. € müssen im Sitzland Daten, Umsatz, Gewinn, Mitarbeiterstand und Steuerleistungen aus allen Ländern, in denen sie tätig sind, vorweisen. Diese Daten werden im Zuge des internationalen Informationsaustausches an die ausländischen Steuerbehörden weitergeleitet. Die Behörden werden auch Steuersachverhalte wie Regelungen über den privilegierten Steuerstatus (Rulings) austauschen. Die Maßnahmen sind unterschiedlich verbindlich: Die Richtlinie über die konzerninternen Verrechnungspreise ist sofort wirksam. Das Maßnahmenpaket für Unternehmen in der digitalen Welt bleibt unverbindlich. Nach Schätzungen der OECD entgehen den Steuerbehörden durch die Steuervermeidung der internationalen Konzerne zwischen 100 und 240 Mrd. \$ pro Jahr.

Die Handelsminister von Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, den USA und Vietnam einigen sich über die Transpazifische Partnerschaft, ein Handelsabkommen zur Erleichterung des Güterausstausches

OECD: Base Erosion and Profit Shifting Package

Transpazifische Partnerschaft

und der Investitionen in dieser Region. Die Ländergruppe umfasst 40% der weltweiten Wirtschaftsleistung und 25% der weltweiten Exporte.

EU: Safe-Harbor-Vereinbarung

6. Oktober: Der Europäische Gerichtshof sieht personenbezogene Daten europäischer Nutzer in den USA nicht gleichwertig geschützt und erklärt die Safe-Harbor-Vereinbarung, die den Datentransfer zwischen den USA und der EU regelt, für ungültig. Falls keine neue rechtliche Vereinbarung getroffen wird, dürfen Daten von EU-Bürgern und EU-Bürgerinnen nur auf Servern in der EU gespeichert werden.

IWF: Finanzmarktstabilitätsbericht

7. Oktober: Der Finanzmarktstabilitätsbericht des Internationalen Währungsfonds warnt vor dem weltweiten Anstieg der Risiken für die Finanzmarktstabilität, hervorgerufen durch die Ausweitung des Kreditvolumens in China, Thailand, der Türkei, Brasilien und Indonesien.

IWF: Jahrestagung

8.-10. Oktober: In Lima findet die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank statt. Die Institutionen prognostizieren für 2016 eine weitere Verlangsamung des Weltwirtschaftswachstums. Große Aufmerksamkeit erfordere die gegenwärtige Flüchtlings- und Migrationskrise, die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas müssen unterstützt werden.

EU: "Trade for All"

14. Oktober: Die Europäische Kommission reagiert mit der Handels- und Investitions-offensive "Trade for All. Towards a more responsible trade and investment policy" auf Kritik am Freihandelsabkommen TTIP. Ausgehend von der Bedeutung des Außenhandels für Wachstum und Beschäftigung wird eine verantwortungsbewusste Handels- und Investitionspolitik beschrieben, die auf Transparenz und ethischen Werten basiert. Verhandlungsergebnisse und EU-Texte sollen schneller veröffentlicht und die Standards für Konsumentenschutz, Umweltschutz und Sozialsysteme der EU gewahrt bleiben. Die Regelung zur Streitbeilegung zwischen Investoren und Drittländern sollen reformiert werden. Eine Fortführung der Doha-Runde wird angestrebt.

Europäischer Rat: Flüchtlingsströme

15. Oktober: Anlässlich der Tagung zur Migrationsproblematik betont der Europäische Rat die große Bedeutung der Einbindung von Drittländern zur Eindämmung der Flüchtlingsströme. Eine zentrale Rolle nimmt hier die Türkei ein. Der Beitrittsprozess der Türkei muss beschleunigt weitergeführt werden. Die Visapflicht für türkische Staatsangehörige soll weiter gelockert werden.

EU: Flüchtlingsströme

25. Oktober: Der Präsident der Europäischen Union Jean-Claude Juncker beruft ein Sondertreffen zum Migrationsstrom auf der Westbalkanroute ein. Um eine humanitäre Tragödie zu verhindern, einigen sich die Staats- bzw. Regierungsoberhäupter von Albanien, Österreich, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Serbien und Slowenien sowie der Präsident des Europäischen Parlaments, der Präsident des Europäischen Rates, Vertreter des derzeitigen und kommenden Vorsitzes des Rates der Europäischen Union und der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen auf einen 17.-Punkte-Plan operativer Maßnahmen, um Flüchtlingen Schutz zu gewähren, gemeinsam die Migrationsströme zu koordinieren und das Grenzmanagement zu verbessern.

Griechenland: Banken

31. Oktober: Die Bilanzprüfung der systemrelevanten Banken Griechenlands (Alpha Bank, Eurobank, Nationalbank und Piräusbank) ergibt je nach Szenario eine Kapital-lücke von 4,4 bis 14,4 Mrd. €. Im dritten Hilfsprogramm sind bis zu 25 Mrd. € der insgesamt 86 Mrd. € für die Bankenhilfe vorgesehen.

EU: Financial Stability Board

9. November: Der Financial Stability Board verabschiedet für weltweit agierende systemrelevante Großbanken neue Kapitalvorschriften: Ab 2019 sollen Großbanken Verlustsicherstellungen (total loss-absorbing capacity) von mindestens 16% der risikoreichen Aktiva und 6% (ab 2022: 6,275%) ihrer ungewichteten Aktiva einführen. Betroffen sind 30 Finanzinstitute, wobei für die vier chinesischen Banken längere Übergangsfristen bis 2018 gelten.

Großbritannien: EU-Integration

10. November: Der britische Premierminister Cameron fordert in einem Brief an den Präsidenten des Europäischen Rates:

- Großbritannien will den Binnenmarkt vor den Aktionen der Eurozone schützen.
- Die Wettbewerbsfähigkeit soll in der gesamten EU gesteigert werden, zugleich sollen Bürokratieabbau und Freihandelsabkommen vorangetrieben werden.

- Großbritannien will von der Teilnahme an der immer engeren Integration entbunden werden, das Land geht von einer flexiblen EU mit gestärkten nationalen Parlamenten aus.
- Durch neue Regeln sollen das Recht von EU-Ausländern auf Sozialleistungen und die Einwanderung gebremst werden. Migranten aus der EU sollen erst nach vier Jahren Lohnzuschüsse zu Niedriglohnarbeitsplätzen und Zugang zu Sozialwohnungen erhalten.

11.-12. November: In Valletta findet ein Sondergipfel zur Migrationsproblematik statt, an dem 60 Regierungsoberhäupter aus Europa und Afrika teilnehmen. Ein Aktionsplan wird verabschiedet. Die EU will die Fluchtursachen bekämpfen und ihr Engagement in den Entwicklungsländern erhöhen, fordert jedoch von den afrikanischen Ländern eine Rückführung von abgelehnten Asylwerbern und Asylwerberinnen. Fehlende Reisepapiere sollen bei der Abschiebung durch Sonderdokumente ersetzt werden. Die EU will die Wiedereingliederung von rückgeführten Personen unterstützen.

Migrationsproblematik

15.-16. November: Anlässlich des G-20-Treffens in Antalya verabschieden die Staats- und Regierungsoberhäupter Richtlinien zur Besteuerung der Gewinne multinationaler Konzerne, um die Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerränder (BEPS – Base Erosion and Profit Shifting) einzudämmen. Multinationale Konzerne mit einem Umsatz von mindestens 750 Mio. € müssen in jedem Land ihrer Tätigkeit Umsatz, Gewinn und Gewinnsteuern belegen. Bis 2017 wird der Informationsaustausch zwischen den nationalen Steuerbehörden auf Anfrage erfolgen, ab 2018 ist ein automatischer Informationsaustausch vorgesehen. Ein koordiniertes Vorgehen bei der Kontrolle der Finanzierung von Terrororganisationen wird beschlossen. Die G 20 unterstützen die Bestrebungen des Financial Stability Board (FSB) zur Anhebung der Verlustsicherstellung systemrelevanter Banken. Die Klimaerwärmung soll auf 2 °C über dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung beschränkt werden. Wachsende Ungleichheit wird als Risiko für die Wohlfahrt und die Gesellschaft gesehen.

G 20: Base Erosion and Profit Shifting

16. November: Als Folge der Lux-Leaks-Enthüllungen untersucht das Europäische Parlament die Vergabe von EU-weiten Steuerrulings (Steuervorabbescheiden) und die Steuervermeidung von Konzernen bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten. An der Anhörung des Sonderausschusses nehmen Vertreter von 11 Konzernen teil.

EU: Steuerrulings

Die Europäische Kommission beurteilt die Budgetpläne der Euro-Länder: Die Pläne von Deutschland, Estland, Luxemburg, den Niederlanden und der Slowakei entsprechen den Vorgaben, jene von Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, Lettland, Malta und Slowenien weitgehend. Die Pläne von Italien, Österreich, Litauen und Spanien bergen das Risiko, die Vorgaben zu verfehlen.

EU: Budgetpläne

26. November: Die Europäische Kommission gibt bekannt, dass 18 der 28 Mitgliedsländer im Rahmen des Europäischen Semesters geprüft werden, um festzustellen ob Ungleichgewichte Wachstum und Beschäftigung gefährden. Wegen der Lage des Finanzsektors und dessen Wirkung auf die Staatsfinanzen wird auch Österreich geprüft werden.

EU: Europäisches Semester

28. November: Als Reaktion auf den Abschuss eines russischen Kampfflugzeuges durch die türkische Armee verhängt Russland Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei, die den Import bestimmter türkischer Produkte untersagen. Ab 2016 gilt ein Arbeitsverbot für türkische Staatsangehörige in Russland, russische Reisebüros dürfen Angebote türkischer Reiseveranstalter nicht mehr verkaufen, Charterflüge zwischen den Ländern werden eingestellt.

Russland: Türkei-Sanktionen

29. November: Bei einem Gipfeltreffen von Vertretern der EU und der Türkei wird vereinbart, den EU-Beitrittsprozess der Türkei weiter voranzutreiben. Bereits im Dezember soll das Verhandlungskapitel über die Wirtschafts- und Währungsunion eröffnet werden. Die Türkei soll den Grenzschutz sowie den Kampf gegen Schlepper verstärken, um die Flüchtlingsströme einzudämmen. Um die Lebensbedingungen der 2,5 Mio. Flüchtlinge in der Türkei zu verbessern, stellt die EU 3 Mrd. € als zweckgebundene Finanzhilfe in Aussicht. Bisher hat die Türkei bereits 8 Mrd. \$ für die Flüchtlingswelle aufgebracht.

Türkei: EU-Beitrittsprozess

IWF: Renminbi

30. November: Der Executive Board des Internationalen Währungsfonds beschließt, am 1. Oktober 2016 die chinesische Währung Renminbi in den Devisenkorb der Sonderziehungsrechte aufzunehmen und dadurch die Gewichtung der Währungen zu verändern.

Übersicht 1: Gewichtung der Währungen im Devisenkorb der Sonderziehungsrechte

	2015	Ab 1. Oktober 2016
Dollar	41,9	41,73
Euro	37,4	30,93
Renminbi		10,92
Japanischer Yen	9,4	8,33
Pfund Sterling	11,3	8,09

Q: IWF.

EZB: Preisstabilitätsziel

3. Dezember: Der Rat der Europäischen Zentralbank stellt fünf Maßnahmen vor, mit denen die Inflationsrate an das Preisstabilitätsziel von 2% herangeführt werden soll (Inflation Dezember 2015: 0,1%):

- Der Einlagezinssatz bei der EZB wird von -0,2% auf -0,3% gesenkt.
- Das Programm zum monatlichen Ankauf von Wertpapieren im Ausmaß von 60 Mrd. € wird bis März 2017 verlängert. Erworbene Papiere werden bis zum Verfall in der Bilanz der Zentralbank gehalten.
- Die aus den Wertpapieren anfallenden Zinsen werden reinvestiert.
- Künftig werden auch Anleihen von regionalen staatlichen Emittenten wie Städten und Gemeinden gekauft.
- Die Vollzuteilung, die es den Banken ermöglicht, ohne Bieterverfahren zum geltenden Zinssatz jede beliebige Menge an Geld nachzufragen, wird bis mindestens 2017 beibehalten.

Polen: Budgetpolitik

4. Dezember: Die neugewählte polnische nationalkonservative Regierung setzt die Wahlversprechen gesetzlich um: Ab Februar 2016 wird eine Sondersteuer für Kredit- und Bankinstitute von 0,39% der Bilanzsumme und 0,6% des Vermögens von Versicherungsunternehmen eingehoben. Beide Branchen sind von ausländischen Konzernen dominiert. Führende Angestellte in staatsnahen Betrieben werden neu besetzt. Ein neues Kindergeld wird eingeführt und die Anhebung des Pensionsalters rückgängig gemacht. Die Europäische Kommission mahnt eine verantwortungsvolle Budgetpolitik ein. Polen wurde erst vor kurzem aus dem Defizitverfahren entlassen und wird 2016 ein gesamtstaatliches Defizit von 3% des BIP erreichen.

Dänemark: Referendum

In einem Referendum stimmt die Bevölkerung von Dänemark mit 53% gegen die Übernahme von 22 EU-Vorschriften in den Bereichen Inneres und Justiz.

Die OPEC-Länder informieren anlässlich ihrer Sitzung in Wien nicht über die aktuellen Rohölfördermengen. Erst bei ihrer nächsten Sitzung im Juni 2016 soll über das Produktionsvolumen der einzelnen Länder entschieden werden. Der Rohölpreis der Marke Brent erreichte im Dezember 2015 einen Jahrestiefstand von 35 \$ je Barrel.

IWF: Kreditvergabebedingungen

10. Dezember: Der Internationale Währungsfonds ändert die Kreditvergabebedingungen und gewährt künftig auch Ländern Hilfskredite, die bei privaten oder staatlichen Gläubigern in Zahlungsverzug geraten sind. Bis 20. Dezember 2015 ist eine Kreditrückzahlung der Ukraine an Russland in der Höhe von 3 Mrd. \$ fällig, die die Ukraine nicht in vollem Ausmaß fristgerecht bedienen wird. Der IWF wird das im Jänner 2015 zugesagte Hilfsprogramm von 17,5 Mrd. \$ fortsetzen.

Wirtschafts-Nobelpreis

Der Wirtschaftspreis der schwedischen Nationalbank in Gedenken an Alfred Nobel ergeht an Angus Deaton (Princeton University). Sein Werk wird als Voraussetzung für wirtschaftspolitische Entscheidungen zur Verringerung von Armut und zur Steigerung des Wohlstandes gewürdigt.

UNO: Klimakonferenz

12. Dezember: Anlässlich der 21. UNO-Klimakonferenz ICCP unterzeichnen 159 Länder das verbindliche "Pariser Abkommen". Demnach soll der weltweite Temperatur-

anstieg gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter deutlich unter 2 °C, womöglich unter 1,5 °C gehalten werden, um die Risiken des Klimawandels erheblich zu verringern. Die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels sollen durch eine stärkere Förderung der Klimaresistenz und Senkung der Treibhausgasemissionen ausgeglichen werden, ohne dabei die Nahrungsmittelproduktion zu bedrohen. Gefordert wird eine finanzielle Unterstützung von Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen und Stärkung klimaresistenter Entwicklung. Bis 2025 sollen über 100 Mrd. \$ bereitgestellt werden.

Zur Erreichung der Ziele sollen die Treibhausgasemissionen nach Anrechnung der Ausgleichsmechanismen wie Aufforstung oder Entfernung von Kohlendioxid aus der Atmosphäre bis 2050 auf Null gesenkt werden. Der Emissionshandel ist als freiwillige Maßnahme möglich. Länder, die ihre Ziele bereits bis 2025 festgelegt haben, sollen bis 2020 neue Ziele definieren. Ab 2023 werden die nationalen Anstrengungen zur Erreichung der Ziele alle fünf Jahre überprüft.

Sobald 55 Länder, die für mindestens 55% der globalen Emissionen verantwortlich sind, den Vertrag unterzeichnet haben, tritt dieser in Kraft. Anders als das Kyoto-Protokoll, das 2020 auslaufen wird und nur von einer großen Gruppe der Industrieländern beschlossen wurde, haben sich diesmal weltweit fast alle Länder zum Erreichen der Ziele bekannt.

17. Dezember: Die Notenbank der USA erhöht nach einer siebenjährigen Phase der Senkung die Leitzinssätze um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate liegt bei 0,25% bis 0,55%, die Discount Rate bei 1%.

USA: Leitzinssätze

18. Dezember: Der Kongress der USA verabschiedet einen Ausgabenplan 2016 von 1,15 Bio. \$ und verlängert ein Paket an Steuererleichterungen im Ausmaß von 680 Mrd. \$ über die nächsten zehn Jahre. Damit werden ein Viertel der 2011 zur Defizitsenkung beschlossenen Maßnahmen rückgängig gemacht. Ein Ausfuhrverbot von Rohöl, das seit dem Rohölembargo 1973 galt, wird aufgehoben.

USA: Ausgabenplan

21. Dezember: Im Rahmen der Doha-Runde beschließt die Welthandelsorganisation WTO die Abschaffung von Exportsubventionen im Agrarbereich. Die Rückzahlungsfrist für Exportkredite wird von 24 Monate auf 18 Monate verkürzt. Die EU-Länder, Kanada, Norwegen, Indien und die Türkei werden die Subventionszahlungen für den Export von Agrarprodukten 2016 einstellen.

WTO: Doha-Runde

24. Dezember: Der russische Präsident Putin und der indische Premierminister Modi unterzeichnen im Rahmen der russisch-indisch strategischen Partnerschaft Wirtschaftsverträge mit einem Volumen von 7 Mrd. \$.

Russisch-indische Partnerschaft

2. Österreich

14. Oktober: Österreich sendet die Übersicht über die Haushaltsplanung ("Draft Budgetary Plan") an die Europäische Kommission. Der Plan weist für 2015 mit 1,9% und für 2016 mit 1,4% des BIP ein etwas geringeres Maastricht-Defizit aus als im Stabilitätsprogramm 2015 erwartet. Das strukturelle Defizit soll jeweils 0,5% des BIP betragen. Die Übersicht über die Haushaltsplanung gibt die erwarteten Mehrausgaben durch den außergewöhnlichen Flüchtlingszustrom 2015 mit etwa 0,08% des BIP und 2016 mit etwa 0,16% des BIP an.

Draft Budgetary Plan

15. Oktober: Der Nationalrat beschließt das Bundesgesetz aus Anlass des Generalvergleiches mit dem Freistaat Bayern. Es ermächtigt den Finanzminister, Zahlungen an Bayern zu leisten und auf gegenseitige Forderungen zu verzichten. Weiters wird dem Bund ermöglicht, dem Land Kärnten einen langfristigen, niedrig verzinsten Kredit zu gewähren, um Heta-Anleihen mit einem Abschlag rückkaufen zu können. Bei Zustimmung von zwei Dritteln der Gläubiger zum Rückkaufprogramm soll dieses Programm für alle Gläubiger gelten.

Generalvergleich Bayern

23. Oktober: Die Ratingagentur Moody's senkt Österreichs Ausblick von stabil auf negativ, belässt jedoch die Bonität des Landes bei Aaa. Die Widerstandsfähigkeit gegen Finanzschocks erodiere und hindere das Land, den während der Wirtschaftskrise verlorenen Rückstand aufzuholen.

Rating

Arbeitsmarktgipfel

30. Oktober: Bundesregierung und Sozialpartner halten einen "Arbeitsmarktgipfel" ab. Im Rahmen einer Wohnbauoffensive sollen mit einem Investitionsvolumen von 6 Mrd. € zusätzlich 30.000 Wohnungen errichtet und 20.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Die Wohnbauinvestitionsbank (WBIB), die von den Bausparkassen und Wohnbaubanken zu gründen ist, wird neue Finanzierungsmodelle auf Grundlage von Bundesgarantien (500 Mio. €) und Mitteln der European Investment Bank (EIB; 700 Mio. €) ermöglichen. Innerhalb von fünf Jahren soll ein zusätzliches Investitionsvolumen von 5,75 Mrd. € entstehen. In den rascheren Ausbau der Elektrizitätsinfrastruktur werden über drei Jahre 700 Mio. € investiert. 2016/2018 werden die Lohnnebenkosten um fast 1 Mrd. € gesenkt. Mit Jahresbeginn 2016 wird der Insolvenzentgeltversicherungsbeitrag um 0,1 Prozentpunkt, ab 2017 der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds um 0,4 Prozentpunkte und ab 2018 um 0,2 Prozentpunkte gesenkt. Für die Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Gruppen (über 50-Jährige, Langzeitarbeitslose, Asylberechtigte) stehen 2016 in Form von Eingliederungsbeihilfen an die Unternehmen zusätzlich 50 Mio. € zur Verfügung, ab 2017 dauerhaft 350 Mio. €. 70 Mio. € werden zur besseren Integration von Flüchtlingen bereitgestellt. Sollte sich die Arbeitsmarktlage für Ältere nicht verbessern, tritt Anfang 2018 ein Anreiz- und Sanktionsmechanismus in Kraft. Für Betriebe ab 25 Beschäftigte, die überdurchschnittlich viele ältere Beschäftigte ausweisen, sinken die Lohnnebenkosten um 0,1 Prozentpunkt, andernfalls verdoppelt sich die Auflösungsabgabe von derzeit 118 €.

Übersicht 2: Volumen des Arbeitsmarktpaketes

	Investitionsvolumen	Arbeitsplätze
Wohnbaupaket	5,75 Mrd. € (5 Jahre)	+ 20.000
Lohnnebenkostensenkung	Bis zu 1 Mrd. € (bis 2018)	+ 14.000
Energienetzausbau	Bis zu 700 Mio. € (rund 3 Jahre)	+ 2.500
Stärkung der aws-Garantien	350 Mio. €	+ 5.000
Aufstockung der Mittel für Arbeitsmarktpolitik	300 Mio. € (2016)	+ 16.000
Lehrlingsprogramm	350 Mio. € (ab 2017 im Dauerrecht)	+ 1.000
	10 Mio. €	

Q: Arbeitsmarkt und Konjunkturgipfel, Oktober 2015.

Börse Budapest

24. November: Die Wiener Börse und die Oesterreichische Kontrollbank AG verkaufen ihre Beteiligung an der Börse Budapest an die ungarische Nationalbank.

Bundesfinanzgesetz 2016

26. November: Der Nationalrat beschließt das Bundesfinanzgesetz 2016 und den geänderten Finanzrahmen. Dieser sieht für 2016 Einnahmen von 71,09 Mrd. € und Ausgaben von 77,03 Mrd. € vor. Das Maastricht-Defizit des Bundes wird mit 1,5% des BIP, das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit mit 1,4% des BIP veranschlagt. Das für 2016 prognostizierte strukturelle Defizit beträgt 0,5% des BIP; die erwarteten außergewöhnlichen Mehrausgaben aufgrund des Flüchtlingszustromes wurden herausgerechnet. Die Schuldenquote sinkt von ihrem Höchstwert 2015 (86,5% des BIP) 2016 voraussichtlich auf 85,1% des BIP. Beschlossen werden auch die Änderungen des Bundesfinanzgesetzes 2015, des Bundesfinanzrahmengesetzes 2015/2018 und des Bundesfinanzrahmengesetzes 2016/2019, da die Ausgabenobergrenze 2015 um 688,8 Mio. € und 2016 um 95 Mio. € überschritten wird. Heuer geht dies u. a. auf Überschreitungen in den Bereichen Bildung, Inneres, Äußeres und militärische Angelegenheiten zurück. 2016 werden die Ausgaben für Justiz und Inneres höher ausfallen, die Ausgaben für die Pensionen jedoch geringer als erwartet.

Zielpunkt GmbH

1. Dezember: Die Supermarktkette Zielpunkt GmbH stellt den Konkursantrag. 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der überwiegend in Wien angesiedelten 229 Filialen sind betroffen.

Fiskalrat

3. Dezember: Der Fiskalrat prognostiziert für 2015 die Einhaltung des mittelfristigen Budgetzieles mit einem strukturellen Budgetdefizit von höchstens 0,45%. 2015 werden die fiskalischen Regeln der EU mit einem Maastricht-Defizit von 1,6% des BIP und einem strukturellen Budgetdefizit von 0,2% des BIP voraussichtlich erfüllt. Damit unterschreitet die Prognose des Fiskalrates jene des Finanzministeriums, die für 2015 ein

Maastricht-Defizit von 1,9% des BIP und ein strukturelles Defizit von 0,5% des BIP vorsieht.

Für 2016 erwartet der Fiskalrat jedoch eine erhebliche Verfehlung der strukturellen Budgetregel. Trotz einer leichten Konjunkturbelebung wird das Maastricht-Defizit auf 2,2% des BIP steigen, bestimmt durch die Zusatzkosten für die Betreuung der Flüchtlinge und Asylsuchenden (+0,3% des BIP), den Nettoeinnahmenausfall der Steuerreform 2015/16 (+0,3% des BIP) und die Ausweitung von Offensivmaßnahmen (+0,2% des BIP) in den Bereichen Universitäten, Breitbandinternetzugänge und Familienförderung. Die Entwicklung des Staatshaushaltes und ein Rückgang der negativen Outputlücke werden das strukturelle Defizit im Jahr 2016 auf 1,5% des BIP steigen lassen. Die Prognose des Fiskalrates ist als Frühwarnmechanismus zu verstehen, um auf Fehlentwicklungen im Staatshaushalt hinzuweisen.

9. Dezember: Der Nationalrat beschließt das Abgabenänderungsgesetz 2015 und schafft damit die gesetzlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der Steuerreform¹⁾.

Abgabenänderungs-
gesetz 2015

15. Dezember: Aufgrund eines Sparprogrammes der Muttergesellschaft UniCredit Bank Austria AG wird die Bank Austria 70 ihrer 190 Filialen in Österreich schließen. Der Vertrag, aufgrund dessen das Osteuropageschäft der UniCredit in Österreich verblieb, läuft im März 2016 aus.

UniCredit Bank Austria AG

18. Dezember: Die Bundesregierung und die Kärntner Landesregierung beschließen, den Ausgleichszahlungsfonds für den Rückkauf von landesbehaffeten Heta-Papieren mit 1,2 Mrd. € von der Bundesfinanzierungsagentur ÖBFA zu dotieren. Die Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes (ABBAG) wird von der ÖBFA abhängig von den Verwertungsergebnissen der HETA Asset Resolution AG einen noch unbestimmten Betrag erhalten. Die Haftung Kärntens beträgt etwa 11 Mrd. €.

Abbaubeteiligungsaktien-
gesellschaft

¹⁾ Schratzenstaller, M., "Steuerreform 2015/16 – Maßnahmen und Gesamteinschätzung", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 371-385, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58169>; Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2015", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(4), S. 261-266, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/57926>.